Nummer 26 · 35. Jahrgang

Nürnberg, 22. Juni 1921

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Erscheint Mittwoch. — Redaktionsschluß: Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 4.— Mark durch die Post. Direkter Versand per Kreuzband 5.— Mark.

Für den Inhalt verantwortlich: Otto Treffitsch, Nürnberg. — Telephon 409. Geschäftsstelle und Redaktion: Nürnberg 10, Bayreuther Straße 46. Zahlungen: Postscheckkonto 23980, Expedition „Schuhmacher-Fachblatt" Nürnberg.

Anzeigenpreis 1.— Mark die einspaltige Petitzeile. (Nichtberufliches ausgeschlossen). Stellenvermittlungsanzeigen: Für Mitglieder 50 Pfennig.

Inhaltsverzeichnis: Das Vaterland. — Die Rentabilität der Schuh- und Lederindustrie. — Neueste Vorgänge. — Sternzeichen gegen den Reichshaushaltetat. — Verbandstag des österreichischen Schuhmacherverbandes. — Arbeiterinnen-Rundschau. — Bericht von der Bezirkskonferenz, Bezirk III. — Aus den Zahlstellen und Bezirken. — Verbandsnachrichten.

Das Vaterland.

Wo ist das wahre Vaterland?
Ist es, wo Zufall uns ans Licht
der Welt rief? Zürnt die Seele nicht,
die freie, solchem engen Band?
O doch: Des Menschen Heimat sei
wie Himmels Blau, so weit und frei!

Ist es, wo Gott und Mensch man ehrt,
wo Freiheit eine Stätte fand?
Ob nicht das Herz zum Vaterland
noch einen größern Raum begehrt?
O doch: Des Menschen Heimat sei
wie Himmels Blau, so weit und frei!

Wo Leid das Herz in Fesseln schlägt
und Lust mit Myrten es umflicht;
wo Menschengeist nach hellerm Licht
voll Mut die starken Schwingen regt:
Das ist das wahre Vaterland,
und alle Welt umfaßt das Band!

Wo Hilfe not tut, wo als Knecht
ein Mensch noch seufzt, wo Freiheit schwand –
auf, Brüder, steh'n wir zu dem Land:
Und Preis für solch ein Heimatrecht!
Das ist das wahre Vaterland,
und alle Welt umfaßt das Band!

James Russel Lowell
(ehem. amerikanischer Gesandter in London).

Die Rentabilität der Schuh- und Lederindustrie.

Zur Beurteilung der Rentabilität der Industrie konnten vor dem Kriege die Geschäftsabschlüsse der Aktiengesellschaften dienen. Die Dividende, die am Jahresschluß zur Auszahlung gelangte, war gewissermaßen der Ausdruck dafür, wie sich das im Betriebe arbeitende Kapital verzinste. Daß eine Aktiengesellschaft z. B. ihren Aktionären 10 Prozent als Dividende ausschüttete, bedeutete eine 10prozentige Verzinsung der Aktie nach ihrem Nominalwerte.

Seit Jahren, seit sich auf dem Gebiete des Geldwesens ein so gewaltiger Umschwung vollzogen hat, ist das anders geworden. In der Dividende, die zur Auszahlung kommt, kommt nicht mehr der Geschäftsgewinn so rein zum Ausdruck, als es früher der Fall gewesen ist. Die Gewinne eines Unternehmens sind nämlich heute in der Regel viel größer, so daß sie einen viel höheren Prozentsatz an Dividende ermöglichen würden. Die Geschäftsgewinne dieser Unternehmungen wurden in den letzten Jahren zum guten Teile anderweit untergebracht, anstatt in Dividende ausgeschüttet. Das geschah auf verschiedene Weise. Der eine Weg war der der Ausfüllung der Reservefonds. Auf diese Weise stiegen die Aktien im Kurs und das bedeutete für den Eigentümer der Aktien ebenfalls Gewinn. Ein anderer Weg zur Unterbringung des Gewinns ist der der Verwässerung der Aktien. Es wird eine Kapitalerhöhung vorgenommen, wobei die Eigentümer von alten Aktien neue Aktien anstatt zum Marktpreis, der vielleicht im Kurse auf 300 steht, zum Nominalpreis von 100 Mark oder gar gratis erhalten. Anstatt in Dividende wird der Geschäftsgewinn dem Unternehmer auf diese Weise zugänglich gemacht. Bekannt ist ja auch das Verfahren, daß zuerst eine Kapitalserhöhung zur Durchführung gelangt und daß die Dividende aus dem vorher erzielten Geschäftsgewinn auf das neue erhöhte Kapital berechnet wird. Die Höhe der Dividende erscheint dann vielleicht recht niedrig; die Auszahlung erfolgt aber auch schon auf das Kapital, welches noch gar nicht im Betriebe gearbeitet hat. Nach der Höhe der Dividende allein läßt sich die Rentabilität einer Industrie also nicht mehr richtig beurteilen; es sind vielmehr alle Begleitumstände mit in Betracht zu ziehen. Auch in der Schuh- und Lederindustrie ist es durch derartige Finanzmanipulationen unmöglich gemacht, allein auf Grund der Dividendenziffer auf die Rentabilität der einzelnen Unternehmungen zu schließen.

Die Schuhindustrie hat kein gutes Jahr hinter sich. Sie hatte eine Geschäftskrise durchzumachen, von der alle Betriebe mit verschwindenden Ausnahmen betroffen waren. Auf mehr als drei Monate sind die Schuhfabriken stark eingeschränkt oder ganz stillgelegt geweien. Nichtsdestoweniger haben die Betriebe der Schuh- und Lederindustrie nach den Geschäftsabschlüssen für das verflossene Jahr doch nicht so ganz übel abgeschnitten. Können sie schließlich in dieser Beziehung mit anderen Industriezweigen, die wahre Riesengewinne erzielt haben, keinen Vergleich aushalten, so muß doch konstatiert werden, daß sich die Gewinne des Vorjahres nicht nur behauptet haben, sondern daß dieselben in verschiedenen Fällen noch überschritten worden sind.

Die Aktiengesellschaften der Schuhindustrie sind in dem allgemein zu verzeichnenden Bestreben, die Betriebsmittel zu verstärken, nicht im Rückstande geblieben. Sie haben in den letzten Monaten zum Teil ganz horrende Kapitalserhöhungen vorgenommen. Die Verschmelzung der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken mit der Firma Wessels Augsburg und die gleichzeitige Erhöhung des Aktienkapitals dieser nun vereinigten Unternehmungen von 21 auf 27,5 Millionen Mark ist bereits mitgeteilt worden. Die Hohenzollernsche Schuhindustrie A.-G. nahm im verflossenen Jahre eine Kapitalserhöhung von 3 auf 6 Millionen, die Erfurter Mechanische Schuhfabrik A.-G. eine solche von 2 auf 5 Millionen und die Leander-Schuhfabrik A.-G. in Offenbach a. M. ebenfalls eine solche von 2 auf 5 Millionen Mark vor. Die Höfer, Hockemeyer u. Stabler-A.-G., Schuhfabrik in Siebenlehn, verzeichnet ein Aktienkapital von 4,2 Millionen Mark gegen 1,8 Millionen im Vorjahre; die Schuhfabrik Manz A.-G. in Bamberg ein solches von 1,5 Millionen gegen früher 0,5 Millionen, die Bayerischen Schuhfabriken A.-G. in Schweinfurt ein solches von 10,3 Millionen Mark gegen 6 Millionen Mark im Vorjahre. Das Aktienkapital der Firma Weiermann Schuhfabrik A.-G. in Burgkunstadt beläuft sich auf 3,4 Millionen Mark gegen 1,62 Millionen im Vorjahre. Die Schuhfabrik Herz A.-G. in Frankfurt am Main hat in diesem Jahre ihr Aktienkapital von 6 auf 10 Millionen Mark herausgebracht, die Firma Conrad Tack A.-G. in Burg b. M. im Vorjahre das ihrige von 9 auf 15 Millionen Mark. Die Firma Lingel A.-G. Schuhfabrik in Erfurt steigerte ihr Aktienkapital von 9,5 Millionen Mark in diesem Jahre auf 26 Millionen Mark und die Schuhfabrik Sigle u. Co. A.-G. in Kornwestheim das ihrige von 15 auf 30 Millionen Mark! Die Aktienschuhfabriken haben also in den letzten Monaten durchweg Kapitalserhöhungen vorgenommen und zwar haben sie in der Mehrzahl der Fälle in diesem einen letzten Jahre ihr Aktienkapital mehr als verdoppelt.

Aehnlich liegt es bei der Lederindustrie. Diese verzeichnet unter anderem folgende Kapitalsinvestierungen: Lederfabrik Wiese Söhne A.-G. Neumünster, Aktienkapital 5 Millionen Mark (im Vorjahre 2,5 Millionen); Knoch-Hirschberg 10 Millionen Mark (4 Millionen); Fahr-Birmasens 9 Millionen Mark (6 Millionen); Aachener Lederfabrik Aachen 7,5 Millionen Mark (3,5 Millionen Mark); Lederfabrikation München 4 Millionen Mark (2 Millionen). Nürnberger Lederfabrik 1,5 Millionen (0,6 Mill.) Mark. Die Wandsbeker Lederfabrik steigerte ihr Aktienkapital, welches 2,5 Millionen Mark betrug, auf 7,5 Millionen und schließlich die Deutsche Kunstleder A.-G. in Kötitz erhöhte ihr Aktienkapital von 7 Millionen auf 10 Millionen Mark.

Diese Kapitalserhöhungen hatten selbstverständlich auch Betriebsausdehnungen und -Vergrößerungen im Gefolge. So haben die Vereinigten Schuhfabriken Bernels-Wessels A.-G. Augsburg z. B. das neue Werk Wasserburg bei Günzburg in letzter Zeit in Betrieb genommen. Das Anwesen der Firma in Nürnberg am Aufseßplatz ist zum Betrage von 4,75 Millionen Mark verkauft worden; dafür soll das vergrößerte neue Werk in Nürnberg an der Ulmenstraße in diesem Herbst in Benutzung genommen werden. Die Schuhfabrik Herz A.-G. in Frankfurt am Main hat sich kommanditarisch an der Ballschuhfabrik Otto Habicht in Frankfurt am Main beteiligt, die ihren Betrieb nach einem neu erworbenen Grundstück in Mühlheim am Main verlegt hat. Die Ed. Lingel Schuhfabrik A.-G. in Erfurt hat die gesamten Stammanteile der Schuhfabrik Friedrich Meßler G. m. b. H. und der Messa-Schuhfabrik G. m. b. H. in Erfurt-Nord übernommen und damit eine wesentliche Ausdehnung erfahren. Auch von den Aktien der Erfurter Mechanischen Schuhfabrik A.-G. besitzt die gleiche Gesellschaft bereits die Mehrheit. Selbstverständlich haben auch Einzelfirmen sich weiter ausgedehnt. So hat z. B. die Firma R. u. W. Nathan in Frankfurt am Main die umfangreiche Anlage der Möbelfabrik Rötger u. Co. in Höchst am Main erworben und zu einer Zweigniederlassung eingerichtet. Aus Dresden wurde mitgeteilt, daß die alte Dresdener Firma Hermann Pampel sich mit der Schuhfabrik Walter Eb. Müller in Hamburg vereinigt hat. In Erfurt sind die Betriebe J. B. Dotzler Nachf. Schuhfabrik und Karl Luck Sportartikelfabrik zu einem Betrieb vereinigt worden. Als Beispiel der Kapitalkonzentration ist noch die Umwandlung der Schuhfabrik von Auerswald u. Sauerbrunn in Lößnitz in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 3,5 Millionen Mark zu erwähnen, weiter die Umwandlung der Firma Eugen Wallerstein Schuhfabrik in Offenbach am Main in eine Aktiengesellschaft, die mit einem Betriebskapital von 6 Millionen Mark arbeitet.

Auch die Lederindustrie hat Fusionsbestrebungen aufzuweisen. Zwischen den Ledernerken Wiemann A.-G. in Hamburg und der Rheinischen Lederfabrik vorm. Hugo Heusch in Eschweiler ist z. B., wie gemeldet wurde, eine Interessengemeinschaft mit Wirkung vom 1. April d. J. abgeschlossen worden. Die Stader Lederfabrik A.-G. in Stade hat, wie Fachzeitungen meldeten, mit einer Rohleffirma, den Gerbstoffwerken Renner, engere Beziehungen angeknüpft. Die Kapitalkonzentration und -Assoziation, die im allgemeinen aufsehenerregende Fortschritte aufweist, hat sich demnach auch auf die Schuh- und Lederindustrie ausgedehnt.

Auch in der Schuh- und Lederindustrie sind die Geschäftsgewinne des Vorjahres zum Teil in die Erhöhung des Aktienkapitals aufgegangen, indem die neuen Aktien häufig den Eigentümern alter Aktien zu einem billigeren als dem Tagespreis überlassen wurden. Unbeschadet dessen hat sich fast durchweg die Dividende auf der Höhe des Vorjahres erhalten. Die Aktiengesellschaften der Schuhindustrie verzeichnen für das abgelaufene Geschäftsjahr folgende Abschlüsse:

Schuhfabrik Herz A.-G. Frankfurt am Main. Reingewinn: 761 000 Mark (im Vorjahre 438 000 Mark). Dividende: 9 Prozent (im Vorjahre 10 Prozent).

Schuhfabrik Lingel A.-G. in Erfurt. Reingewinn: 1 300 000 Mark (998 000 Mark). Dividende 12 Prozent (12 Prozent).

Erfurter Mechanische Schuhfabrik A.-G. Reingewinn: 331 000 Mark (181 000 Mark). Dividende: 12 Prozent (10 Prozent).

Hohenzoll. Schuhindustrie A.-G. Reingewinn: 360 000 Mark (106 000 Mark). Dividende: 9 Prozent (7 Proz.).

Leander Schuhfabrik A.-G. Offenbach am Main. Reingewinn: 347 000 Mark (145 000 Mark). Dividende: 12 Prozent (12 Prozent).

Schuhfabrik Manz A.-G. Bamberg. Reingewinn: 365 000 Mark (220 000 Mark). Dividende: 13½ Prozent (16 Prozent).

Sigle u. Co. A.-G. Kornwestheim. Reingewinn: 3 609 000 Mark (1 851 000 Mark). Dividende: 7 Prozent (7 Prozent).

Bayerische Schuhfabriken A.-G. Schweinfurt. Reingewinn: 1 065 000 Mark (351 000 Mark). Dividende: 13⅓ Prozent (10 Prozent).

Vereinigte Schuhfabriken Bernels-Wessels Augsburg. Reingewinn: 4 836 000 Mark (2 210 000 Mark). Dividende: 18 Prozent (18 Prozent und 19 Prozent).

Die Schuhfabrik A.-G. Weiermann Burgkunstadt zahlt für 1920/21 auf 3,3 Millionen Mark Stammaktien 20 Prozent (im Vorjahre 15 Prozent) Dividende. Außerdem 5 Prozent Bonus auf 1,62 Millionen Mark alte und 1¼ Prozent Bonus auf 1,68 Millionen Mark neue Aktien, sowie 6 Prozent Dividende auf 100 000 Mark Vorzugsaktien. Der Reingewinn betrug 608 000 Mark. Die neuen Aktien der 1921 beschlossenen Kapitalerhöhung wurden vom 1. April 1920 ab als dividendenberechtigt erklärt.

Auch die Lederindustrie, die ja bekanntlich während des Krieges viel glänzender abgeschnitten hatte als die Schuhindustrie, hat die Gewinne gegenüber dem Vorjahre zum Teil noch wesentlich steigern können. Soweit bis jetzt Meldungen vorliegen, zahlen Dividende:

A.-G. für Leder-Maschinenriemen und Militäreffektenfabrikation vorm. Heinrich Thiele Dresden: 30 Prozent (im Vorjahre 30 Prozent).

Lederwerke Rothe A.-G., Kreuznach: 20 Prozent (14 Prozent) und 20 Mark pro Aktie, also in Wirklichkeit 40 Prozent!

Celler Lederwerke vorm. Fritz Wehl u. Sohn, Celle: 16 Prozent (16 Prozent).

J. H. Wiese Söhne A.-G., Neumünster: 15 Prozent (20 Prozent).

Gebr. Fahr A.-G., Pirmasens: 12 Prozent (8 Prozent).

Lederfabrik vorm. H. Deninger u. Co. A.-G., Lorsbach: 15 Prozent.

Rheinische Lederwerke Saarbrücken A.-G.: 20 Prozent (24 Prozent).

Lederfabrik Knoch-Hirschberg A.-G.: 15 Prozent (10 Prozent).

Lederfabrik Spier-Wickrath A.-G.: 20 Prozent (15 Prozent).

Lederfabrik Spicharz A.-G., Offenbach a. M.: 10 Prozent (10 Prozent).

Deutsche Kunstleder-A.-G. Kötitz: 14 Prozent (10 Prozent).

Süddeutsche Lederwerke A.-G., St. Ingbert: 10 Prozent (10 Prozent).

Lederfabrikation München A.-G.: 15 Prozent (15 Prozent).

Nürnberger Lederfabrik A.-G.: 20 Prozent (15 Prozent).

Hilchenbacher Lederfabrik A.-G.: 12 Prozent.

A.-G. Wiemann, Hamburg: 25 Prozent (25 Prozent).

Badische Lederwerke Karlsruhe A.-G.: 9 Prozent (9 Prozent).

Stader Lederfabrik A.-G.: 20 Prozent (20 Proz.).

Die Aachener Lederfabrik A.-G. konnte wieder wie im Vorjahre 40 Prozent Dividende verteilen.

Die Wandsbeker Lederfabrik A.-G., die im Vorjahre 55 Prozent Dividende verteilte, gewährt diesmal nur 16 Prozent. Jedoch ist das Aktienkapital auf das Dreifache erhöht worden. Bei Nichtberücksichtigung der neuen Aktien wäre demnach auch diesmal ein Dividendensatz von etwa 50 Prozent herausgekommen.

Die Rauchwaren-A.-G. Max Walter Nachf. in Markranstädt hat auch in diesem Jahre mit der Höhe der Dividende den Rekord geschlagen: sie verteilt wie im Vorjahre 60 Prozent Dividende.

Die Generalversammlung der A.-G. für Leder-Maschinenriemen- und Militäreffektenfabrikation vorm. Heinrich Thiele in Dresden, beschloß, 1 325 000 Mark neue Aktien mit Dividendenanspruch für 1921 an eine von der Darmstädter Bank, der Dresdener Bank und dem Bankhaus Gebr. Arnhold geführte Gruppe in der Weise zu begeben, daß zunächst nom. 587 500 Mark zum Nennwert übernommen und zum Nennwert den Gründern oder deren Rechtsnachfolgern überlassen werden, wobei für letztere ein Millionengewinn in Aussicht steht, da die alten Aktien an der Dresdener Börse 670 Prozent notieren. Des weiteren übernimmt die Gruppe nom. 676 000 Mark zu 115 Prozent und hat den Aktionären zu 122½ Prozent auf je 2000 Mark alte 3000 Mark neue Aktien zum Bezuge anzubieten. Die restlichen 61 500 Mark werden zu 150 Prozent übernommen und dem Aufsichtsrat und Vorstand zum gleichen Kurse zur Verfügung gestellt. Die neuen Mittel dienen dazu, die gesamte Herstellung auf eine breitere Grundlage zu stellen; insbesondere sollen zunächst 1 Million Mark zu Erweiterungsbauten Verwendung finden.

Lederfabriken wie Schuhfabriken können mit den Erträgnissen des letzten Jahres zufrieden sein. Die Rentabilität der Lederindustrie wie auch der Schuhindustrie ist unbestritten. Nicht nur die Dividenden des Vorjahres konnten aufrecht erhalten werden; worauf es ankommt, ist, daß die Erträgnisse an Rein-

gewinn eine wesentliche Steigerung erfahren haben. Wir sehen an den obigen Nachweisungen über die Schuhindustrie, die uns hier näher interessieren, daß die Beträge an Reingewinn bei den Vorjahres durchweg überteigen, in einzelnen Fällen sogar eine Verdoppelung erfahren haben. Und diese günstigen Abschlüsse sind möglich gewesen, trotzdem die Industrie im Geschäftsjahre eine so riesigsehende Geschäftstätigkeit durchzumachen gehabt hat, wie eine solche noch nie dagewesen war. Aus den guten Abschlüssen dieser Aktiengesellschaften läßt sich ohne weiteres darauf schließen, daß die Einzelfirmen dieselben günstigen Abschlüsse erzielt haben. Nach diesen Ergebnissen ist aber die Haltung unbegründet, die bei jeder Lohnverhandlung wiederkehrte, die Industrie könne in Lohnfragen keine weitere Belastung auf sich nehmen. Die Arbeiterschaft der Schuhindustrie ist, was Steigerung der Intensität der Arbeitsleistung anbelangt, bis zur Grenze des möglichen angespannt. Die eingetretene Verkürzung der Arbeitszeit hat infolgedessen der Produktionssteigerung keinen Abbruch getan. Es wird im großen Ganzen heute bei der verkürzten Wochenarbeitszeit dasselbe Quantum hergestellt, als früher in der 54-Stunden-Woche. Deshalb ist eine entsprechende Anpassung der Löhne nur gerechtfertigt. An den günstigen Erträgnissen, die eine Industrie abwirft, sollte die Arbeiterschaft auch immer ihren verhältnismäßigen Anteil haben.

Es muß zugegeben werden, daß die Schuhindustrie das vorerwähnte, unerfreuliche Gewinnstreben in dem Maße, wie es in anderen Industriezweigen sich bemerkbar macht, nicht mitgemacht hat. Auf die verderblichen volkswirtschaftlichen Folgen der kapitalistischen Unersättlichkeit ist in diesem Blatte ja schon öfter hingewiesen worden. Selbstverständlich muß auch der Unternehmer zur Bestreitung seines Lebensunterhalts eine Verbesserung seiner Einkünfte haben. Es ist aber übertrieben, wenn verlangt wird, der Unternehmergewinn müsse in dem gleichen Verhältnisse steigen, wie der Arbeitslohn. Der Reingewinn eines Unternehmens kommt doch immer nur einer beschränkten Anzahl von Familien zugute und es muß sich demnach immer noch ganz angenehm leben lassen, wenn nur eine gewisse Erhöhung dieser Einnahmen stattgefunden hat. —

Die Schuhindustrie, deren Ergebnisse vom Vorjahre immerhin befriedigend erfüllen dürften, hat bisher im laufenden Jahre einen besseren Geschäftsgang aufzuweisen, wie solcher im Vorjahre zu verzeichnen war. Das sollte eigentlich diejenigen Kreise im Lager der Schuhfabrikanten zum Schweigen bringen, die behaupten, die Verhältnisse erforderten es, daß gegenüber der Arbeiterschaft ein schärferer Kurs gesteuert werden müsse. Die Sachlage sollte vielmehr Anlaß dazu bieten, daß man sich auch weiterhin in Lohn- und Arbeiterfragen in entgegenkommender Weise mit der Arbeiterschaft verständigt.

Neueste Vorgänge.

Der Generalstreik in Bayern zum Protest gegen die Ermordung des Abgeordneten Gareis und gegen die bayerische Regierungswirtschaft hatte wuchtig eingesetzt und hat einen tiefen Eindruck hinterlassen.

Nach Mord und Generalstreik. Das Berliner Zentralorgan der USP. die „Freiheit" ist vom Münchener Polizeipräsidenten für mehrere Tage verboten worden und wird von den Postämtern nicht zugestellt. — Das bayerische Staatsministerium hat die Belohnung für die Ergreifung des Mörders von Gareis von 10 000 auf 30 000 Mark erhöht.

In der Wiederaufbaufrage haben in Wiesbaden zwischen dem französischen Regierungsvertreter Loucheur und dem Reichsminister Rathenau Verhandlungen stattgefunden. Wie gemeldet wird, ist beabsichtigt, daß der Oberste Rat Rathenau einladen wird, seine Pläne persönlich demselben vorzutragen.

Im Reichsrat wurde eine Novelle zum Versicherungsgesetz für Angestellte angenommen, wonach die Grenze für die Versicherungspflicht von 15 000 auf 28 000 Mark heraufgesetzt wurde. Die beschlossene Erhöhung der Beiträge sieht für die höchste Gehaltsklasse einen Monatsbeitrag von 98.40 Mark vor. Entsprechend der Erhöhung der Beiträge soll auch das Ruhegeld erhöht werden.

Im Reichswirtschaftsrat hat der Reichskanzler neue Steuern auf Zucker und Süßstoff, Getränke und Umsatz angekündigt.

Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft erklärte der Reichsernährungsminister, ein planmäßiger Abbau der Zwangswirtschaft müsse baldigst angestrebt werden. Es sei damit aber leider mit einer Erhöhung des Mehlpreises zu rechnen.

Der Verbandstag des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Gießen hat den kommunistischen Antrag auf Anschluß an die Moskauer Internationale mit großer Mehrheit abgelehnt.

An Stelle des Genossen Kautsky, der sein Mandat niederlegte, ist Hilferding, Redakteur der „Freiheit", zum Mitglied des Reichswirtschaftsrates ernannt worden.

Durch eine amtliche Verordnung wird die Freigabe der Seifenherstellung vom 1. Juni ab erfolgen.

Der Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seinen Sitzungen am 26. und 27. Mai u. a. mit der Gestaltung der Bezirkswirtschaftsräte, die den Unterbau des endgültigen Reichswirtschaftsrates und die regionale Wirtschaftsorganisation bilden sollen. Es wurde eine Reihe von Sachverständigen gehört.

Beim letzten Regierungswechsel, bei dem man wegen Uebernahme des Reichskanzleramtes auch an den Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer herangetreten war, hatte letzterer u. a. die Bedingung aufgestellt, daß die Parteien für eine eventl. Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit sich erklären müßten. Auf Proteste der Arbeiterschaft in Köln sucht Dr. Adenauer seinen Standpunkt jetzt in einer Erklärung zu rechtfertigen, in der es heißt, nur durch Mehrarbeit könne Deutschland seinen Haushalt ins Gleichgewicht bringen. — Der Standpunkt des Kölner Oberbürgermeisters wäre zu verstehen, wenn Deutschlands Bevölkerung wirklich eine Familie wäre, in der keiner mehr Rechte und Vorteile genießen würde als der andere, und wenn auch die Pflichten, besonders die Pflicht zur Arbeit, gleichmäßig verteilt wäre. Nicht aber, solange in einem Staate Schieber, Wucherer und Bevorzugte ihr Unwesen treiben. Im übrigen bedeutet bei der heutigen Intensität der Arbeit die Achtstundenarbeitszeit die Grenze des physisch Zulässigen; die Arbeiter werden sie deshalb bis zum äußersten verteidigen. Der Volkswirtschaft wäre schon gedient, wenn nur erst einmal die ungeheure Zahl der Arbeitslosen wieder beschäftigt werden könnte.

Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wird, wie es heißt, noch im Juni der Beschlußfassung des Reichskabinetts unterliegen. Um die Lockerung des bisherigen Zustandes, die in dem Entwurf enthalten ist, zu rechtfertigen, stützt man sich fortgesetzt darauf, daß es sich um die Erfüllung des sogenannten Washingtoner Uebereinkommens handele. Ganz ungerechtfertigterweise; denn keinem Staate ist verboten, in der Sozialpolitik über die internationalen Abmachungen hinauszugehen. Auf das schärfste muß es verurteilt werden, daß die Arbeitszeit der Angestellten in einem besonderen späteren Gesetzentwurf geregelt werden soll.

Die Arbeitslosigkeit in den größeren Städten. Nach den Feststellungen des Reichsamts für Arbeitsvermittlung sollen die deutschen Städte mit mehr als 200 000 Einwohner am 14. Mai folgende Arbeitslosenziffern aufweisen: Bremen 716, Breslau 7418, Chemnitz 3669, Dortmund 53, Dresden 10 085, Düsseldorf 1079, Essen 315, Frankfurt am Main 2679, Hamburg 21 573, Hannover 2637, Köln 2167, Königsberg 4778, Leipzig 12 220, Magdeburg 3298, Mannheim 1024, München 10 216, Nürnberg 2524, Stettin 1887, Stuttgart 2898.

Im Internierungslager Stargard, in welchem jüdische Ausländer interniert sind, die zurzeit nicht in ihre Heimat abgeschoben werden können, brach in einer Baracke ein Brand aus. Nach Presseмeldungen haben die Wachtposten grobe Pflichtverletzungen begangen. Leute, die sich bei dem Brande durch das Fenster retten wollten, wurden, wie gemeldet wird, mit Erschießen bedroht. Auf Vorstellung des Arbeiterfürsorgeamts hat das Ministerium des Innern eine sofortige strenge Untersuchung eingeleitet. — Es wird Zeit, daß endlich die Internierungslager beseitigt werden.

Nach Zeitungsmeldungen soll die Einkaufs- und Lieferungsgenossenschaft Bayerischer Viehhändler in München Riesen-Wuchergewinne in der Höhe von 1500 Prozent erzielt haben. Die drei Direktoren erhielten je eine Vierteimillion Jahresvergütung. Für den Aufsichtsrat seien mindestens 100 000 Mark vom Reingewinn verteilt worden. Die Vertreter in den einzelnen Provinzstädten erhielten bis zu 40 000 Mark. Diese ungeheuerliche Wucherpraxis hat Anlaß zu einer Anfrage an die Regierung im bayerischen Landtag gegeben, welche Schritte sie gegen diese Vorgänge beabsichtige.

Infolge des neuen Einwanderungsgesetzes wurde einem Teil von italienischen Auswanderern die Landung in Amerika verweigert. In Antwerpen sind aus dem gleichen Grunde 12 000 polnische Auswanderer auf unbestimmte Zeit zurückgehalten. Das Elend unter ihnen ist groß.

Im Jahre 1919 sind in Wien für Wein 3,5 Milliarden verausgabt worden. Eine kaum glaubliche Zahl in der Stadt der größten Not und des größten Kinderelends. Hier Not und dort mehr als Verschwendung. Das ist die göttliche Weltordnung des Kapitalismus. Wie da noch ein einziger Proletarier abseits von unserem Kampfeswege stehen kann, scheint immer unfaßlicher.

15 000 Bergleute des Kohlenreviers Borinage (Belgien) sind in den Ausstand getreten.

Ueber die Beendigung des Bergarbeiterstreiks in England fand eine Abstimmung statt. Nach den letzten Meldungen haben 82 000 Arbeiter für und 98 428 gegen das Ende des Bergarbeiterstreiks gestimmt.

Die Verbandstagungen in der englischen Metallindustrie sind abgebrochen worden. Es wird erwartet, daß zur Zurückweisung der geplanten Lohnherabsetzungen die Metallarbeiter ganz Englands in den Streik treten.

Das schwedische Parlament hat die Regierungsvorlage über eine Erhöhung der Industriezölle abgelehnt.

Der Generalstreik in Schweden wurde beendet.

Sturmzeichen gegen den Reichslohntarif.

Das Bestehen eines Reichstarifvertrages in der Schuhindustrie ist scheinbar schon lange manchem Unternehmer ein Greuel. Besonders die Firmen, bei denen in Friedenszeit keine Arbeiterorganisation bestand, fühlen sich beengt, sie können nicht mehr schalten und walten wie sie wollen. Kein Wunder, daß sich diese Herren wieder zur früheren Zeit zurücksehnen. Lange schon gehen die Versuche, den Fabrikantenverband von der beschränkten Bahn abzudrängen. So wie die aufsteigenden Blasen im Wasser zeigen, daß drinnen sich etwas regt, so zeigte sich auch an der Oberfläche des Fabrikantenverbandes, daß in seinem Inneren Kräfte wirksam sind, die einen anderen Kurs vorschreiben möchten. Die letzten Lohnverhandlungen in Frankfurt am Main zeigten offen, was sich bislang unter der Decke des Fabrikantenverbandes abspielte. Die unzufriedenen Elemente machten ihre besonderen Wünsche geltend.

Der Hausschuhfabrikantenverband trat aus dem Schuhfabrikantenverband aus, nur aus dem einen Grunde, weil ihm die bisherige Lohnpolitik nicht paßte. Die Pirmasenser Unternehmer ließen bei den letzten Verhandlungen in Frankfurt erklären, sie wünschten keine zentrale Regelung der Löhne mehr und verhielten sich dem neuen Abschluß gegenüber zuerst völlig ablehnend. Den Pirmasensern folgt darin jetzt ein Teil der württembergischen Unternehmer. In Anträgen zu dem Verbandstag der Schuhfabrikanten verlangen sie in Zukunft eine „regionale" (bezirksweise) Regelung der Löhne. Wenn es gilt, sich rückschrittlich zu zeigen, darf, so scheint es, die jetzige Leitung des Fabrikantenverbandes in Württemberg nicht fehlen.

In der „Schuhfabrikantenzeitung" wurde jedes Vergehen der Arbeiterschaft gegen den Reichstarifvertrag getreu registriert und immer betont, daß dadurch die Freude an dem Vertrag bei den Arbeitgebern genommen würde. Was sollen demgegenüber die Arbeiter sagen? Die Vergehen der Arbeiter gegen die Tarifvertragsbestimmungen stehen gegenüber den Vergehen der Unternehmer, wenn man diese alle registrieren wollte, sicher wie eins zu hundert. Die Kräfte, die so lebhaft gegen den Tarifvertrag kämpfen, schlagen eine ganz besondere Taktik ein. Unter der Maske der Bezirksverträge will man den ganzen Tarifvertrag zu Fall bringen. Wir kennen schon diese Methode. Die Minierer gegen den Tarifvertrag im Fabrikantenlager sind sich, davon sind wir überzeugt, bewußt, daß die Arbeiterschaft nicht freiwillig auf die zentrale Lohnregelung verzichten wird und nicht verzichten kann. In anderen Industrien greift man zum Streik, um Reichstarifverträge zu erzwingen, nachdem man bislang bezirkliche Regelung hatte. Sollen da vielleicht die Arbeiter in der Schuhindustrie kampflos sich rückwärts revidieren? Die von allen möglichen Stellen einzeln auftretenden Kritiken an dem Reichstarifvertrag erinnern an einen Abschnitt aus Schillers „Räuber": „Hier ein Schuß und wieder einer, die Signale sind's, Gesellen!" Durch diese Taktik der Abgabe von Signalen wollen die Herrschaften versuchen, ihre Fabrikantenkollegen, die noch nicht mit ihnen gehen, gegen den Reichstarif mobil zu machen. Durch ein Kreuzfeuer von Wünschen und Anregungen denken es diese Herren am leichtesten durchzusetzen, daß mit der bisherigen Taktik ihres Verbandes in Lohnfragen gebrochen wird, d. h., daß die neue Richtung ihre Wünsche durchsetzen kann. Die Arbeiterschaft muß wachsam sein und darf nicht ruhig zusehen, wenn im Fabrikantenlager diese Richtung die Oberhand gewinnen sollte.

Darum: horcht auf, ihr Arbeiter, erkennt die Zeichen der Zeit und rüstet euch! Baut überall die Organisation aus. Restlos müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen dem Zentralverband der Schuhmacher zugeführt werden. Macht allen klar, was im Schuhfabrikantenverband vorgeht, zeigt ihnen den Weg, den sie zu der Abwehr etwaiger Vorstöße beschreiten müssen.

Die Forderung der bezirksweisen Regelung der Löhne allein genügt aber den Arbeitgebern von Württemberg noch nicht. „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr" ist offenbar deren Parole. In einem Antrage fordern sie: „Bei Fortschreiten der Verbilligung der Lebenshaltungskosten hat die Kündigung des Zusatzvertrages durch die vertragschließenden Arbeitgeberorganisationen zu erfolgen." Ins richtige Deutsch übersetzt heißt das: der Abbau der Löhne ist vorzubereiten. Da wird bereits von einer eingetretenen Verbilligung der Lebenshaltung gesprochen. Wir müssen gestehen, bislang haben wir herzlich wenig von einer solchen gemerkt. Eine kleine Senkung in den Bekleidungsartikeln war eingetreten, die neueren Preise zeigen aber wieder eine steigende Tendenz. Für Lebensmittel wird die Zwangswirtschaft überall abgebaut, die Preise werden steigen. Bei Butter, die frei geworden ist, geht der Preis aufwärts, bei Milch ebenso, beim Brot werden wir im Herbste die gleiche Erscheinung erleben. Eier, die bislang 1.40 Mark am hiesigen Orte kosteten, sind auf 1.70 Mark gestiegen. Die Erfüllung des Ultimatums der Entente wird weitere Belastungen der Industrie, des Handels und nicht zuletzt für den Arbeiter mit sich bringen. Und doch bewegen sich die Gesamtlebenshaltungskosten heute immer noch auf dem eif- bis zwölffachen Betrage des Friedenspreises.

Wenn man von einem Abbau der Löhne reden will, ist doch die Frage aufzuwerfen: Sind die Löhne überhaupt den Kosten der Lebenshaltung angepaßt? Kein vernünftiger Mensch wird dies behaupten wollen. Die Arbeitgeber der Schuhindustrie sollen doch einmal die Löhne in Friedenszeit an den damaligen Preisen der Stiefel messen und die Verhältnisse dem gegenüberstellen.

Eigenartig wirkt es, daß ausgerechnet die Arbeitgeber in Württemberg den Vorstoß zum Lohnabbau machen. Wo waren dann die Herren, muß man da fragen, als im vorigen Jahre die Preise nicht nur von Monat zu Monat, sondern von Woche zu Woche in die Höhe schnellten? Haben sie damals auch so prompt ihren Arbeitsbienen Lohnerhöhungen gewährt? Waren es nicht im Gegenteil dieselben Fabrikanten, die, als im Vorjahre für den Steuerabzug ein entsprechender Ausgleich gefordert wurde, dagegen den größten Tamtam geschlagen haben? Ist es doch in Erinnerung, daß der damalige Vorsitzende des Fabrikantenzweigvereins wegen seines Entgegenkommens zu Falle gebracht wurde.

Wir können immerhin den Unternehmern dankbar sein, daß sie uns so offen zeigen, welchen Weg sie in Zukunft gehen wollen. Die Herren mögen sich aber nur nicht täuschen; die Arbeiter werden hoffentlich entschlossen genug sein, um ihren Kampf auf Gegenmaßnahmen einzustellen.

B. M.

Verbandstag des österreichischen Schuhmacherverbandes.

Am 4. und 5. Juni fand in Wien der Verbandstag unseres österreichischen Bruderverbandes statt. Als Vertreter unseres Verbandes nahm Kollege Simon teil.

Mit dem Verbandstag feierte unsere österreichische Bruderorganisation ihr 50jähriges Gründungsfest. Der Geschäftsbericht des Vorstandes zeigte eine recht gute Entwicklung des Verbandes in den letzten Jahren. Die Zahl der Mitglieder stieg von 4519 im Jahre 1918 auf 11 633 am Schlusse des Jahres 1921. Von der Gesamtmitgliederzahl waren im Jahre 1918 2145, im Jahre 1920 4809 weibliche Mitglieder.

Kollege Simon überbrachte die Grüße des deutschen Verbandes. Außerdem waren als Gäste anwesend Kollege Juneck vom tschechischen Schuhmacherverband, zwei Kollegen vom Deutschen Bekleidungsindustrieverband der Tschechoslowakei, ferner hatten der Oesterreichische Gewerkschaftsbund, der Verband der Sattler und der Verband der Gerber sowie die Sozialdemokratische Partei je einen Vertreter zum Verbandstag abgeordnet.

Der Verbandstag nahm einen befriedigenden Verlauf. Einstimmig wurde beschlossen, die Beiträge wesentlich zu erhöhen und folgende Beitragsklassen eingeführt: 1. Klasse 30 Kronen, 2. Klasse 23 Kronen, 3. Klasse 18 Kronen, 4. Klasse 13 Kronen pro Woche. Die bisherigen leitenden Personen wurden einstimmig wiedergewählt.

Am Sonnabend abend fand im großen Saale des Ottakringer Arbeiterheims ein „Jubelfest" zum 50jährigen Bestehen des Verbandes statt. Neben den Abordnungen der verschiedenen Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei hatten auch die Arbeitgeberverbände der Schuhindustrie offizielle Abordnungen entsandt. Unter Mitwirkung des Gesangvereins der Schuhmacher, einer Sängerin vom Hoftheater und anderen künstlerischen Kräften nahm das Fest einen stimmungsvollen Verlauf. Die Festrede hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Widholz, der ein anschauliches Bild gab von der Entwicklung des österreichischen Schuhmacherverbandes, von den Verfolgungen und Kämpfen, die derselbe zu bestehen hatte.

Es war ein schönes Fest, welches die Schuhmacher Wiens zu ihrem 50jährigen Verbandsbestehen feierten. Erhebenden Eindruck rief es hervor, als der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Mötzer, in einer kurzen Eröffnungsansprache auf die Bedeutung, die der Verband gewonnen, hinwies und einige alte Kollegen, die den Verband mit gründeten und der Zentralleitung angehörten, die aber zum Teil zu anderen Berufen übergingen, als Gäste begrüßen konnte.

Wir wollen hoffen, daß der österreichische Verband, der heute in dem verkleinerten Oesterreich doppelt so viel Mitglieder zählt, als er früher im großen Oesterreich jemals gehabt hatte, sich günstig weiter entwickelt und die neu gewonnenen Mitglieder ihm die Treue halten.

Arbeiterinnen-Rundschau

Die „Volksfürsorge"

(Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft.)

Das im Jahre 1913 von den Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufene Versicherungsunternehmen „Volksfürsorge" blickt auf das 8. Geschäftsjahr zurück und damit zugleich auf eine Zeit rührigster und erfolgreichster Arbeit. Trotzdem der Krieg kurze Zeit nach der Gründung der „Volksfürsorge" ausbrach und sie in ihrer Entwicklung erheblich aufhielt, haben die Verhältnisse sie doch nicht in ihrem inneren Bestande zu gefährden vermocht. Die Grundlage der „Volksfürsorge" war eine zu feste und die von ihr propagierte Idee, die Volksversicherung ihres rein gewerbsmäßigen Charakters zu entkleiden und sie im Sinne der Gemeinwirtschaft auszuwirken zu lassen, eine zu gesunde, um den Erfolg nicht zu erzielen, den sie nunmehr aufzuweisen hat.

Der Fortschritt dieses Versicherungsunternehmens der deutschen organisierten Arbeiterschaft könnte noch erheblich größer sein, wenn sich alle organisierten Arbeitnehmer der Verpflichtung bewußt wären, ihren Bedarf an Versicherungen für sich und ihre Familien nur durch das von ihnen selbst geschaffene Unternehmen zu befriedigen und sich ihm auch im Rahmen der Möglichkeit als Werber zur Verfügung zu stellen. Das ist um so notwendiger und wird sich um so erfolgreicher beweisen, als die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften, soweit sie die Volksversicherung auch betreiben auf Grund der außerordentlichen Rückschläge gezwungen gewesen sind, ihren Volksversicherungsbetrieb erheblich einzuschränken, ja zum Teil sogar völlig einzustellen.

Soll die „Volksfürsorge", die bis heute nur Volksversicherung betreibt, die vielen gegebenen Versicherungsmöglichkeiten nicht auch in irgendeiner Form zum Nachteil beschränken, dann müssen unsere Volksgenossen in bedeutend höherem Maße als bisher sich ihrer eigenen Gründung bewußt werden und für diese aktiv eintreten.

Die Art der Bestellung der einzelnen Organe der „Volksfürsorge", wie Vorstand, Aufsichtsrat, Generalversammlung, gibt die Gewähr dafür, daß der aufgestellte Grund-

sag, nämlich, daß die Interessen der Versicherten bei der „Volksfürsorge" oberstes Gesetz sind, nach jeder Richtung erfüllt wird. Diese drei Körperschaften sind je zur Hälfte mit führenden Gewerkschaften und Genossenschaften besetzt und entscheiden in allen wesentlichen Fragen. Die Aktionäre der „Volksfürsorge" — Gewerkschaften und Genossenschaften bzw. deren Treuhänder — haben ein materielles Interesse an der „Volksfürsorge" in keiner Weise. Ihnen steht lediglich eine Verzinsung ihres Aktienkapitals bis zu 4 Prozent zu, und selbst auf diese mäßigen Zinsen haben sie in den ersten drei Jahren des Bestehens der „Volksfürsorge" zugunsten der Versicherten verzichtet.

Der erfreuliche Aufschwung, den die „Volksfürsorge", insbesondere in der Zeit nach dem Kriege genommen hat, geht aus dem kürzlich veröffentlichten Geschäftsbericht für das Jahr 1920 hervor. Das Unternehmen, das Ende 1913 nach halbjährigem Bestehen etwa 74 750 Versicherungen mit einer Gesamt-Versicherungssumme von etwa 13 800 000 Mark aufzuweisen hatte, kann heute, nach Abschluß des Jahres 1920, einen Versicherungsbestand von mehr als 650 000 Versicherten mit einer Versicherungssumme von über 430 Millionen Mark verzeichnen. Aber nicht nur in der Breite hat die „Volksfürsorge" einen beachtlichen Erfolg aufzuweisen, sondern auch in bezug auf den Wert der einzelnen Versicherung ist eine über alles Erwarten hinausgehende Entwicklung zu verzeichnen. Während die durchschnittliche Versicherungssumme für die einzelne Versicherung im Jahre 1913 noch 239 Mark betrug und sich im Laufe der Jahre nach kurzen Rückschlägen nur langsam nach oben entwickelte, sogar im Jahre 1919 erst 596 Mark betrug, können wir jetzt feststellen, daß die durchschnittliche Versicherungssumme um 1600 bis 1700 Mark herum liegt.

Die Einnahmen der Gesellschaft sind in gleichem Maße gestiegen. Während das Jahr 1913 eine Einnahme von 1 080 500 Mark brachte und das Jahr 1919 eine solche von 10 683 400 Mark, verzeichnet das abgelaufene Jahr 1920 eine Einnahme von rund 25 Millionen Mark.

Die Gewinnanteile der Versicherten richten sich nach den jeweiligen Ueberschüssen der Gesellschaft. Obgleich diese Gewinnanteile infolge der außerordentlichen Teuerungsverhältnisse starken Eingriffen ausgesetzt waren, sind sie doch immer noch, gemessen an den tatsächlichen Verhältnissen, höchst beachtlicher Natur. Im Jahre 1913 konnte man den Versicherten einen Betrag von 48 300 Mark gutschreiben, der bis Ende 1919 auf 1 484 000 Mark anschwoll. Die zur Auszahlung der früher oder später fällig werdenden Versicherungssumme bestimmten Prämienreserven der Versicherten sind von 230 000 Mark Ende 1913 auf 14 390 000 Mark im Jahre 1919 gestiegen.

Die eigenen Reserven der Gesellschaft konnten mit Rücksicht auf andere Verpflichtungen den Versicherten gegenüber nur mit dem geringsten, nach dem Gesellschaftsvertrag vorgeschriebenen Satz aus den jeweiligen Jahresüberschüssen bedacht werden, so daß diese Art von Reserven von zusammen 100 500 Mark im Jahre 1913 auf 600 000 Mark im Jahre 1919 angewachsen sind.

Das Vermögen der Gesellschaft ist von 1 094 000 Mark im Jahre 1913 auf etwa 25 Millionen Ende 1920 gestiegen.

Im Jahre 1920 kamen 234 283 Versicherungen zustande mit einer Versicherungssumme von 308 812 770 Mark. Von den neu abgeschlossenen Versicherungen waren 231 779 Kapitalversicherungen mit einer Versicherungssumme von 308 753 120 Mark, 2455 Sparversicherungen und 46 Risikoversicherungen mit einer Versicherungssumme von 59 650 Mark.

Insgesamt bestanden Ende 1920 657 142 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 432 651 932 Mark.

Während sich die Versicherungssumme im Jahre 1919 um 85 147 823 Mark steigerte, ist im Berichtsjahre ein Zuwachs von 287 252 968 Mark zu verzeichnen.

Die Versicherungsleistungen zeigen gegenüber dem Vorjahre eine normale Steigerung. Die Zahl der Sterbefälle, für die die bedingungsgemäßen Leistungen gewährt wurden, betrug 4394 die involgedessen zu leistende Summe stieg von 357 367.07 Mark im Vorjahre auf 646 198.10 Mark im Berichtsjahre.

An diesen Zahlen erkennt man die außergewöhnliche Entwicklung des von der Arbeiterschaft ins Leben gerufenen Unternehmens.

Der Träger der „Volksfürsorge", die deutsche Arbeiterschaft, hat daher berechtigte Veranlassung, dem Unternehmen vollstes Vertrauen entgegenzubringen. Ueber die Art der Tarife und der Versicherungsbedingungen erhält man Aufschluß bei der Rechnungsstelle, deren Adresse bei dem Vorsitzenden der Gewerkschaft zu erfahren ist.

Alle Freunde dieser Einrichtung müssen dafür eintreten, daß das Jahr 1921 noch besser als sein Vorgänger abschließt. Der Versicherungskapitalismus in Gestalt der „Viktoria", „Friedrich Wilhelm", „Wilhelma" und anderer Gesellschaften steht noch immer fast konkurrenzlos da. Kein Arbeiter darf bei diesen privaten Unternehmen noch Versicherungen abschließen, nachdem feststeht, daß die von der Arbeiterschaft selbst eingerichtete „Volksfürsorge" nicht nur dieselben Leistungen aufweist, sondern auch nach rein sozialen Gesichtspunkten verwaltet und geleitet wird

Bericht von der Bezirkskonferenz, Bezirk III.

Am Sonntag, den 29. Mai 1921, fand im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt am Main eine Konferenz des Schuhmacherverbandes für den 3. Bezirk statt. Bezirksleiter Kollege Kuhn eröffnete dies nach 10 Uhr vormittags die Konferenz, begrüßte die Delegierten und wies auf die Tagesordnung hin, auf der im besonderen Frauenfragen zur Beratung standen. Von einer besonderen Frauenkonferenz hat die Bezirksleitung Abstand genommen, da die gewerkschaftlichen Fragen der Frauen nur in Gemeinschaft mit den Männern ihre Erledigung finden können. Mit besonderer Genugtuung kann man feststellen, daß sich zu dieser Konferenz eine große Anzahl von Kolleginnen eingefunden hatte. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Betätigung der Frauen. 2. Ausgestaltung der organisatorischen Verhältnisse innerhalb unseres Bezirks. 3. Verschiedenes.

Als Vorsitzende wurden [illegible] Lohr und Fischer-Frankfurt; als Schriftführer die Kolleginnen Stroh-Offenbach und Ries-Mainz gewählt. In die Mandatsprüfungskommission wählte die Versammlung die Kolleginnen Reuter-Frankfurt, Stamm-Offenbach und den Kollegen Müller-Frankfurt. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission waren 20 Zahlstellen durch 44 Delegierte (darunter 16 weibliche) vertreten. Von der Bezirksleitung waren fünf Kollegen anwesend. Vom Hauptvorstand war Kollege Lex-Nürnberg erschienen.

Das Referat zu Punkt 1 hatte die Genossin Kirchner-Frankfurt übernommen. In leichtverständlicher Weise wies die Referentin auf den Umfang und die Bedeutung der Frauenarbeit hin, wie in den letzten Jahrzehnten die Frauen in immer steigender Weise in allen Industrien als Arbeitskraft Eingang fanden. Während des Weltkrieges hat man die Frauen zu allen möglichen Arbeiten herangezogen. Ueberall mußten die Frauen in der Industrie, in der Munitionsfabrikation, in der Landwirtschaft die Lücken, die durch Einberufung der Männer entstanden, ausfüllen, so daß das gesamte Wirtschaftsleben fast nur auf den Schultern der arbeitenden Frauen ruhte.

Neben der Geschicklichkeit für bestimmte Arbeiten ist es besonders die billige Arbeitskraft der Frauen, die das Unternehmertum veranlassen, immer mehr zur Frauenarbeit überzugehen. Die Frau, die seit Jahrtausenden immer in untergeordneter Stellung sich befand, läßt sich vom Kapitalismus williger ausbeuten und wird dadurch zum verhängnisvollen Konkurrenten des arbeitenden Mannes. Nun ist es bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht möglich, die Frauenarbeit zu beseitigen. Die Opfer des Weltkrieges bedingen es, daß sehr viele Frauen als Ernährer, manchmal recht zahlreicher Familie, auf lohnenden Erwerb angewiesen sind. Auch in der Zukunft wird die Frauenarbeit nicht auszuschalten sein. Das Interesse der arbeitenden Klasse verlangt es, daß die Frauen ihr Untertänigkeitsgefühl abstreiten und bestrebt sind, sich eine höhere geistige Bildung anzueignen. Vor allem ist es notwendig, daß sie sich restlos den Gewerkschaften anschließen. Die ersten Anfänge der gewerkschaftlichen Organisation der Frauen datieren vom Jahre 1865. Unter Führung der Genossin Zetkin wurden damals schon Tarifverträge abgeschlossen. Die damals herrschende Klasse befürchtete, diese kleine Organisation könne dem Staate gefährlich werden. Die Organisation wurde aufgelöst, die führenden Genossinnen wanderten ins Gefängnis und wurden aufs gemeinste beschimpft. Doch der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation der Frauen hatte Wurzel gefaßt und so finden wir, daß auf der Konferenz der freien Gewerkschaften in Halberstadt im Jahre 1892 die erste weibliche Delegierte in die Generalkommission gewählt wurde. Von da ab steigt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen in den freien Gewerkschaften, so daß am Schlusse des Jahres 1919 von 7 338 132 Mitgliedern 1 612 686 weibliche zu verzeichnen sind. Bei den Schuhmachern sind 40 Prozent der Mitglieder weibliche, in anderen Berufen, wie Tabakarbeiter, sind die Frauen prozentual an Zahl noch höher.

Nach Beendigung des Krieges, bei der wirtschaftlichen Demobilisation, war es leicht verständlich, daß die Frauen den heimkehrenden Männern Platz machen mußten. Doch wurde hier nicht immer nach sozialen Gesichtspunkten verfahren. Frauen, die schon 20 Jahre und länger in Betrieben waren und nur durch ihrer Hände Arbeit ihr Leben fristeten, wurden auf die Straße geworfen. Der Nürnberger Gewerkschaftskongreß mußte zu der Sache Stellung nehmen und Abhilfe fordern.

Die Frau muß sich geistig mehr ausbilden, um so im wirtschaftlichen Kampfe die Männer besser unterstützen zu können. Es gereicht auch der Frau nicht zum Vorteil, wenn sie die Vertretung ihrer Sache ausschließlich in die Hände der Männer legt. Das Arbeitsrecht darf in Zukunft den Frauen kein Buch mit sieben Siegeln sein. Das Betriebsrätegesetz, so mangelhaft es ist, bringt Vorteile, wenn man sie sich nur zu holen versteht. Von seiten der Kapitalisten wird schon Sturm geblasen gegen den Achtstundentag. Der Lohnabbau ist ein beliebtes Schlagwort jener Klasse. Da gilt es ganz besonders für die Frauen, diese Gefahren mit abzuwenden. Das Solidaritätsgefühl muß auch bei den Frauen mehr gestärkt werden. Jede Arbeiterin muß durchdrungen sein von dem Geist und der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation.

In der Diskussion schildert der Kollege Koch-Frankfurt die Entwicklung der Zahlstelle Frankfurt, wie es so schwer hielt, die Frauen zur Organisation zu gewinnen. Heute ist das Mitgliederverhältnis so, daß 60 Prozent der Mitglieder weiblich sind.

Frau Stroh-Offenbach bearbeitet es, daß die heutige Konferenz Frauenfragen behandelt. Sie wünscht, daß die anwesenden Kolleginnen das Gehörte agitatorisch in den Zahlstellen verwenden zur Förderung unseres Verbandes. Es ist zweckmäßig, alle wirtschaftlichen Fragen mit Männern gemeinsam zu beraten. Besondere Frauenversammlungen bringen den Erfolg nicht, auch wollen wir Frauen nicht eine besondere Stellung innerhalb des Verbandes. Ferner bittet die Kollegin, den Frauen etwas mehr entgegenzukommen, als es seither der Fall war. Auch bei den Männern sei noch vieles rückständig. Bei kommenden Lohnforderungen sollen die Forderungen der Frauen eine bessere Unterstützung seitens der Männer erhalten, damit nicht wieder an den Punkten, die die Frauen betreffen, Halt gemacht wird. Im weiteren empfiehlt die Kollegin die Lektüre des Fachblattes, das der Belehrung dient und recht viele praktische Winke erteilt.

Kollege Corell-Offenbach wendet sich gegen die Ausführungen der Kollegin Stroh. In Offenbach habe man den Weiblichen in bezug auf Vertretungen das weiteste Entgegenkommen gezeigt. Der sprunghafte Aufschwung der Organisation ist ein Verdienst der Revolution. Die Frauenarbeit müsse man bekämpfen. Bei der Revolution ist vieles versäumt worden. Der Delegierte der Zahlstelle Worms klagt darüber, daß die Frauen in Versammlungen nicht erscheinen und nur ein Teil organisiert sei. Im Handwerk ist der Achtstundentag illusorisch gemacht. Die Jünftler verlangen, daß die Lehrlinge 10 Stunden pro Tag zu arbeiten haben, anders sei eine richtige fachliche Ausbildung nicht möglich. Gesellen würden fast gar nicht mehr beschäftigt. Alle Meister verlegen sich aufs Lehrlingsausbeuten.

Schulz-Offenbach hat dem vorzüglichen Referat nichts hinzuzufügen. Die Gleichberechtigung innerhalb des Verbandes ist statutarisch festgelegt, weshalb er die Klagen der Frau Stroh unverständlich findet. Wir haben alle den Wunsch und Ursache dazu, daß die Frauen vorwärts kommen. Nur wenn unsere Kolleginnen vereint mit den Kollegen treu zur Organisation halten, wird es möglich sein, günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen.

Kollege Lex-Nürnberg bittet, nicht in den Wortstreit einzutreten zwischen männlich und weiblich. Wir sind noch nicht so weit, als wir sein sollten. Da gilt es noch, für Aufklärung zu sorgen und die Organisation zu stärken. Die Arbeiterschaft hat ihre Macht immer noch nicht richtig begriffen. Daß das Unternehmertum gegen den Achtstundentag ist, ist bekannt. Viel größer ist die Gefahr, daß die Arbeiterschaft selbst den Wert des Achtstundentages nicht richtig erkannt hat. Die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit kleiner Vorteile halber seitens der Arbeiterschaft und die unnötige Ueberstundenarbeit, sind schwere Fehler der Arbeiter, die sich noch bitter rächen werden. Der Hauptvorstand hat die Frauenbewegung immer gefördert. Desgleichen habe der Hauptvorstand bei Wahlausschreiben den größeren Zahlstellen die Wahl von Kolleginnen empfohlen und bei Tarifverhandlungen Kolleginnen zugezogen.

Die Kollegin Körber-Butbach begründete einen Antrag, in welchem der Sechsstundentag für Frauen, freier Samstagnachmittag bei voller Bezahlung für Frauen, Erziehung der bürgerlichen Gewerbeinspektion durch Proletarier unter Hinzuziehung von Frauen, Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge seitens der Unternehmer und dem Staat, Säuglings- und Kinderheime bei Fabriken, technische und politische Aufklärungskurse und schließlich der Anschluß an Rußland gefordert wird.

Kollege Jung-Offenbach wendet sich gegen die Ausführungen der Kollegin Stroh und schließt sich im übrigen den Ausführungen der Referentin an. — Im Schlußwort weist die Referentin darauf hin, daß das Betriebsrätegesetz nicht alle Wünsche der Arbeiterschaft betriebige. Es sei Aufgabe der Gewerkschaften, dafür zu kämpfen, daß Verbesserungen durchgeführt werden und dabei haben die Frauen nach Kräften mitzuwirken. So wie in der staatlichen Besoldungsreform für beide Geschlechter für gleiche Arbeit gleicher Lohn festgesetzt ist, müsse dieser Grundsatz auch in der Industrie zur Einführung kommen. Den Anschluß an Moskau lehnen die Gewerkschaften aus bekannten Gründen ab. Zur Annahme gelangte die von der Zahlstelle Frankfurt eingereichte Resolution: „Die heutige Bezirkskonferenz des Bezirks 3 Frankfurt a. M. erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin, Genossin Kirchner-Frankfurt a. M., einverstanden. Den Fortschritt, welchen unsere Organisation in bezug des Zusammenschlusses der in Schuhindustrie und Handwerk Arbeitenden gemacht hat, weiter auszubauen und zu vertiefen, den gewerkschaftlichen Gedanken dem letzten Arbeitenden verständlich zu machen und denselben heranzuziehen, damit jeder ein Glied in der modernen Arbeiterbewegung wird." — Ueber den Antrag der Kollegin Körber wird nicht abgestimmt, der Antrag nur zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 2 referierte der Bezirksleiter Kollege Kuhn. Das Bild im Bezirke gestalte ihm in keiner Weise. Wenn vorhin allgemein ausgeführt wurde, daß bei den Weiblichen noch viel zu tun sei, dann müsse er jetzt erklären, auch bei den Männern bedarf es noch der Aufklärung. Es ist Pflicht aller Beteiligten, daß die Organisation auch nach innen ausgebaut werde. Die Arbeiterschaft müßte mehr geschult werden. Mit der Kenntnis des Betriebsrätegesetzes läge noch vieles im argen. Auch der Inhalt unseres Reichslohntarifes ist bei den Kollegen noch zu wenig bekannt, sonst könne es nicht vorkommen, daß nach Austritt aus dem Betriebe Nachzahlungsforderungen in so umfangreichem Maße gestellt würden.

Die im Reichslohntarif festgelegten Mindestlöhne sind in vielen Fällen Normallöhne und leider müsse er konstatieren, daß diese in verschiedenen Fällen nicht gezahlt werden. Als Beispiel dafür wolle er anführen, daß er genötigt war, für 23 Arbeiter für die Zeit vom September 1920 bis Februar 1921 11 437 Mk. einzuklagen. Daran könne man am besten ermessen, wie weit der betreffende Fabrikant unter dem Mindestlohn gezahlt hat. Dies muß anders werden. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen müssen wissen, welchen Lohn sie zu verlangen haben und müssen aber auch den Mut besitzen, den Lohn vom Fabrikanten zu fordern. Es geht nicht an, daß man immer nur dann, wenn man aus dem Betrieb ausscheidet, sich darauf besinnt und die Nachforderungen durch den Bezirksleiter stellen läßt. Es muß der Kollegenschaft klar sein, daß alle Lohn- und Arbeitsverhältnisse in erster Linie durch den Reichstarifvertrag geregelt werden.

Es ist auch von besonderer Wichtigkeit, daß die Arbeiterschaft mit den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes vertraut ist. Bei Kündigungen hat die betreffende Kollegin oder der Kollege beim Betriebsrat Einspruch zu erheben. Wenn der Einspruch erfolglos bleibt, beim Schlichtungsausschuß die Klage zu erheben. Allgemein müßte bekannt sein, daß Mitgliedern des Betriebsrates nur vom Fabrikanten gekündigt werden kann, wenn der Betrieb dauernd stillgelegt wird. Entlassungen können nur vorgenommen werden, wenn sich die Betriebsratsmitglieder einer strafbaren Handlung schuldig machen. Im übrigen erwartet Redner, daß die Betriebsratsmitglieder nie ihre Zustimmung geben, wenn eines ihrer Mitglieder die Kündigung erhalten soll.

Unsere Funktionäre müssen besser geschult werden; hier gilt es für die Ortsverwaltungen, mehr zu tun. Unser Fachblatt, die Betriebsrätezeitung und einschlägige Broschüren sind eingehend zu studieren und auf Grund des dadurch erreichten Wissens sollte mündlich die Aufklärung im Kollegentreise emsig betrieben werden. Auch erwarte er, daß die Ortsverwaltungen pflichtgetreu ihres Amtes walten. Die Verbandsgelder sind als Gut der Kollegenschaft ein Heiligtum. Ein anderer Geist muß in die Kollegenschaft einziehen, nur so werden wir vorwärts kommen.

Im weiteren wurde in der Diskussion für den Abschluß eines Lohntarifes für das Schuhmachergewerbe eingetreten. Die sich dem entgegenstellenden Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Allgemein ist man sich darüber einig, gegen den von verschiedenen Seiten des Unternehmertums geplanten Lohnabbau entschieden Stellung zu nehmen. Unter „Verschiedenem" wurde beschlossen, in Rücksicht auf die räumlich schlechten Bureauverhältnisse das Bureau der Bezirksleitung bis auf weiteres nach Offenbach a. M., Austraße 9, zu verlegen. Die Bezeichnung „Sitz Frankfurt a. M." bleibt.

Mit dem Wunsche, daß die gut verlaufene Tagung im Bezirke auch den besten Erfolg zeitigen werde, wurde die Konferenz gegen 5 Uhr nachmittags geschlossen. K. St.

Aus den Zahlstellen und Bezirken.

Cleve. Die Verhältnisse verschlechtern sich hier von Tag zu Tag. Die Besatzung sowohl als auch die hier einkaufenden Niederländer verteuern alle für das tägliche Leben erforderlichen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände auf das empfindlichste, so daß es verständlich ist, wenn die Gehalts- und Lohnempfänger mit immer größerer Sorge in die Zukunft sehen. An Ersatz der verschlissenen Wäsche z. B. ist ja bald gar nicht zu denken, trotz ganz unzureichender Ernährung. Und wer sich vor dem Kriege eine Mütze gekauft hat, kann es jetzt noch weniger. Bei alledem sind wieder neue Steuern auf Nahrungsmittel in Aussicht genommen, denn die Erhöhung der Umsatzsteuer wird ja letzten Endes wieder auf die Arbeitermassen abgewälzt werden. Wenn nun die Arbeiterblätter schon wiederholt in der Lage waren, an der Hand von Rundschreiben der Unternehmerorganisationen usw. nachzuweisen, daß man auf jener Seite trotz alledem auch noch die Löhne abbauen möchte, so müßte die Arbeiterschaft, einerlei welchen Organisationen sie angehört, sich immer enger zusammenschließen zur Wahrung ihrer Existenzbedingungen. Nun soll ja nicht bestritten werden, daß der Gedanke der Zusammengehörigkeit auch hier gegen die Vorkriegszeit ganz bedeutende Fortschritte gemacht hat. Man hat auch hier einsehen gelernt, daß man als einzelner nur ein Spielball in den Händen der Unternehmer ist. Man weiß, daß man mit Kotzbuckeln und Liebedienern nichts erreicht, als höchstens, daß der Unternehmer sich über solche „tüchtige" Arbeiter noch lustig macht. Ein solcher Vorgang hat sich dieser Tage in der Fabrik von B. hier abgespielt. War da ein Maschinenwärter — übrigens nicht bei uns organisiert —, der, von der Unzulänglichkeit seines Lohnes überzeugt, nach langem Ueberlegen Kopfendem Herrenn beim Herrn Chef bedweegen vorstellig wurde. Dort mußte sich nun der Biedere sagen lassen, daß an Zulage gar nicht zu denken sei, weil — man staune! — der Herr Chef schon so wie so auf jedes Paar Stiefel 5 Mark zulegen müßte. (!) Ganz betreten ob dieser Entgegnung und renevoll wegen seiner Dreistigkeit begab sich unser lieber Kamerad wieder auf seinen Arbeitsplatz. Auf Befragen der Kollegen über das Gelingen seiner Mission meinte er bieder: „Herr B. hat gesagt, ha muß ob et Poor iff Mark tulege, no moet öwel en bette harter kärbeite." Das ist gerade der richtige Standpunkt, wie ihn sich mancher Unternehmer wünschen mag. Wenn der Lohn nicht mehr aufangt, muß man eben ein bißchen härter arbeiten, denn man kann doch nicht verlangen, daß der Unternehmer auf jedes Paar 5 Mark zulegt. Wie wär's denn dann mit 12 oder 14 Stunden? Was schadet's denn, wenn man ebensoviele Jahre früher abgearbeitet beiseite stehen muß? Es ist schier unglaublich, daß es noch Arbeiter gibt, die derartige Behauptungen von Unternehmern als Tatsache hinnehmen und sich mit solchen Redensarten einwickeln lassen können. Das ist so die richtige Verelendungspraxis, der immer noch einzelne Arbeiter anhängen und die es eigentlich auch nicht besser verdienen. Aber für die anderen, die es begriffen haben, was bei einer solchen Schusterei herauskommt, muß es eine Warnung sein, solchen Gedanken nachzuhängen. Kollegen und Kolleginnen, tretet einer derartigen Gleichgültigkeit entgegen, wo ihr nur könnt! Allein seid ihr nichts, da werdet ihr noch verhöhnt, aber zusammengeschlossen seid ihr eine Macht!

Gera (Reuß). Hier haben sich seit einiger Zeit einige kleine Aufkaufbetriebe etabliert, die durch verschiedene Winkelzüge meinten, den Reichslohntarif umgehen zu können. Der eine ging so vor, Arbeitslose als neu Anzulernende einzustellen bei einem ganz erbärmlichen Lohn. Diese Unternehmer wollte überhaupt nicht aufhören, bis endlich einmal ein Kollege den Mut fand, die Sache

vor den Schlichtungsausschuß zu bringen, wo natürlich Herr Müller dann verurteilt wurde. Ein anderer Fabrikant entließ zwei Stepperinnen, angeblich wegen zu geringer Leistung und gab die Arbeit nach auswärts außer dem Hause, wobei angeblich eine größere Leistung erzielt worden sein soll. Auch diese Entlassungsfälle kamen vor den Schlichtungsausschuß. Es kam aber nicht erst zum Termin, sondern Herr Gräfe kam den Kolleginnen entgegen, indem er sie wieder einstellte und die ausgefallene Zeit als Feiertag berechnete. Wir bitten die Kollegen und Kolleginnen von Erfurt, Weißenfels und Schmölln, sich erst bei der hiesigen Ortsverwaltung zu erkundigen, wenn von seiten der Arbeitgeber gewisse Angebote gemacht werden, die sich nachher leicht als Schwindel herausstellen können. Denn wir haben in Gera auch noch Arbeitslose und unsere Pflicht ist es, erst diese unterzubringen. Wenn nicht alles so ist, wie es sein sollte, so liegt dies oft an den Kollegen selbst. Bei Gräfe z. B. ist die Verwandtschaft stark vertreten und unter den übrigen sind auch noch einige, welche ein Kollegialitätsgefühl überhaupt nicht kennen und erst durch einen gewissen Druck sich genötigt sehen, dem Verbande beizutreten. Die Kollegen müßten doch schon gemerkt haben, wohin der Wind von seiten der Arbeitgeber weht! Also Kollegen, wacht auf! Hinein in die Organisation! Vereinzelt seid ihr nichts, vereint alles! Zum Organisationsleben gehört aber auch das innere Interesse für den Verband, der Besuch der Versammlungen, mit dem es noch besser werden muß. Es ist von niemandem zu viel verlangt, wenn gefordert wird, daß er in jedem Monat einmal zwei bis drei Stunden für den Versammlungsbesuch verwendet. Der Versammlungsbesuch bedeutet für jeden einzelnen einen Vorteil und das umsomehr, je umfassender die Teilnehmerzahl wirkt. Das muß einmal denen zu Gemüte geführt werden, die bisher nicht ernstlich an den Versammlungsbesuch dachten. Es wird erwartet, daß diese Kolleginnen und Kollegen sich künftig nun auch sehen lassen. Dann werden wir auch weiter vorwärts schreiten.

A. M.

Mühlheim-Ruhr-Saarn. Hier hat sich eine freigewerkschaftliche Zahlstelle der Schuhmacher gebildet, nachdem frühere Ankündigungen, die Kollegenschaft „christlich" zu organisieren, seit Monaten im Sande verlaufen waren. Als der christliche Gewerkschaftssekretär Luß merkte, daß die Kollegenschaft das Bestreben hatte, sich in unserem Verband zu organisieren, versuchte er auch an die Kollegenschaft des hiesigen Betriebs heranzukommen, um eine Versammlung zu arrangieren. Das wurde aber von der Kollegenschaft abgelehnt. Merkwürdigerweise erhielt am selben Abend noch unsere Firma schon Besuch vom hiesigen Kaplan. Wie bestimmt verlautet, läßt aber in der Frage der Organisation unser Chef jedem Arbeiter freien Willen. Er gab nämlich dem Kaplan zur Antwort, dies wäre seine Sache nicht, wo seine Leute organisiert wären, ob freigewerkschaftlich im Zentralverband oder im christlichen Verband, ihm könne es vollständig egal sein. Am 1. Juni hielten wir nun eine Versammlung ab, zu welcher Kollege Weber aus Köln erschienen war. Zu dieser Versammlung hatten wir zwecks Aussprache der verschiedenen Ansichten mit geistigen Waffen Herrn Luß ausdrücklich eingeladen. Er erschien aber nicht allein, sondern brachte noch einen anderen Redner mit, einen Herrn Arndtchen, und beide versuchten nun abwechselnd mit Aufwendung aller Ueberredung, die Kollegenschaft von den Ideen der christlichen Gewerkschaft zu überzeugen. Es nutzte aber nichts. Nach den Auseinandersetzungen von beiden Seiten entschied sich die Kollegenschaft für den Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Das hat aber den Verfechtern der christlichen Organisationsrichtung augenscheinlich nicht behagt. Am Sonntag, den 5. Juni, erschien wieder Herr Luß nebst einem Kollegen und einem Mitglied vom hiesigen christlichen Ortskartell und zwar diesmal in der Wohnung unseres Vorsitzenden und Obmanns und suchten diesen in ihrem Sinne umzustimmen. (!) Da er aber fest blieb, sprachen sie sogar davon, ihm eine Meisterstelle besorgen zu wollen; das nötige Geld sollte ihm dazu gegeben werden. Aber auch damit sind sie abgeblitzt. Ein freier Gewerkschaftler wird es stets ablehnen, sich von der Gunst anderer abhängig zu machen; am allerwenigsten wird er seine Gesinnung verhandeln. Es ist nun die erstaunliche Tatsache zu verzeichnen, daß gerade auf die Machenschaften des Herrn Luß hin alles restlos der freien Gewerkschaft beigetreten ist. (Bravo!) Die andere Richtung kann sicher sein: der Baum, der hier gepflanzt ist, hat mehr wie eine feste Wurzel! Wir freuen uns, daß die Kollegenschaft von Mühlheim-Saarn den Weg zu unserem Zentralverband gegangen ist, der mit seinen mehr als 90 000 Mitgliedern die Garantie dafür bietet, eine tratzvolle wirtschaftliche Interessenvertretung zu sein.

Nürnberg. In der am 30. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Grunow einen sehr aktuellen Vortrag über das Wohnungsproblem und die bezeichneten Mietssteigerungen, der von den Mitgliedern mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Zweckdienlich waren die Winke und Richtlinien gegen die kommenden Mietssteigerungen, die vom Vortragenden gegeben wurden.

Als Kandidat für den Internationalen Schuh- und Lederarbeiterkongreß wurde Kollege Höltermann mit 94 Stimmen aufgestellt. Kollege Brüsch erhielt 54 Stimmen.

Unter „Verbandsangelegenheiten" wurden unter anderem nachstehende, aus Mitgliederkreisen eingebrachte Resolutionen besprochen und angenommen:

„Die am 30. Mai 1921 in Nürnberg im Bürgersaal tagende allgemeine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Nürnberg des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands stellt durch ihre Ortsverwaltung den Antrag beim Hauptvorstand, derselbe wolle für die Durchführung der zehn Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Behebung der Wirtschaftsnot und der Arbeitslosigkeit bei diesem eintreten und verlangen, daß der ADGB. die Zentralverbände auffordert, eine unausgesetzte Propaganda und Agitation unter ihren Mitgliedern in den Gewerkschaftsversammlungen zum Kampf mit allen zweckmäßigen Mitteln für die Durchsetzung dieser zehn Forderungen zu entfalten, da es nur auf diese Weise möglich ist, das kapitalistische Unternehmertum und die Regierungen zur Anerkennung und Durchführung dieser Forderungen zu bringen."

„Die am 30. Mai 1921 in Nürnberg im Bürgersaal tagende allgemeine Verbands-Mitgliederversammlung nimmt zu dem in Nr. 19 des „Schuhmacher-Fachblattes" vom 4. Mai d. J. erschienenen Aufruf „Die Gewerkschaftszerstörer an der Arbeit" folgende Stellung ein:

Die Versammlung kann es als eine „bewußte Irreführung" der Anhänger der VKPD. unter unseren Verbandsmitgliedern nicht ansehen, wenn die Gewerkschaftszentrale der VKPD. auf die Tagesordnung der von ihr einberufenen, am 22. und 23. Mai d. J. in Jena stattgefundenen Reichskonferenz der gewerkschaftlich organisierten Bekleidungs-, Textil-, Lederarbeiter usw. den Punkt gesetzt hat: „Der Kampf der Gewerkschaftsbureaukratie gegen die kommunistisch denkenden Mitglieder in den Verbänden", da nicht nur Drohungen mit dem Ausschluß aus den Verbänden, sondern auch tatsächlich Ausschlüsse der kommunistisch denkenden Mitglieder erfolgt sind, wenn auch bis jetzt nicht vom Hauptvorstand des Schuhmacherverbandes, so doch, wie festgestellt ist, von anderen Verbänden. Die Versammlung hat sich davon überzeugt, daß der Zweck der Konferenz nicht die Bildung einer besonderen Organisation im Rahmen unseres Verbandes war, wie vom Hauptvorstand angegeben worden ist, denn eine besondere Organisation müßte sich auch ein besonderes Statut gegeben haben, was aber nicht der Fall ist. Die Versammlung erkennt an, daß die kommunistisch denkenden Mitglieder der Gewerkschaften der Kassenbewußtsein, ständig voranzukämpfende Teil der organisierten Arbeiterschaft im Sinne des Vorgangs 2 unseres Verbandsstatuts ist, der nicht die Zerstörung oder Zersplitterung, sondern den Ausbau der Gewerkschaften zu revolutionären Klassenkampforganisationen will, wie die Wochenzeitung „Der kommunistische Gewerkschaftler" beweist (Nr. 16 vom 30. Mai 1921: Revolutionierung oder Zerstörung der Gewerkschaften?) und was auch aus den von der Reichskonferenz angenommenen, unserer Mitgliederversammlung heute vorgelegten Resolutionen hervorgeht, die in Abschrift beigefügt sind. Der Hauptvorstand unseres Verbandes kann sich aus diesen Resolutionen und dieser Wochenzeitschrift überzeugen, daß seine Bermuhung auf eine angeblich beabsichtigte Bildung einer besonderen Organisation im Rahmen unseres Verbandes eine irrige ist. Es sind somit auch die von ihm in dem Aufruf daran geknüpften, an Schärfe kaum zu übertreffenden Bemerkungen und Folgerungen gegenstandslos geworden und dürften, wie die Versammlung annimmt, wohl als erledigt zu betrachten sein. Die Versammelten geben ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß Angriffsformen, wie die Bezeichnung von einer bewußten Irreführung der Arbeiter von den bekannten Trabtiehern der VKPD. nicht geeignet sind, die Auseinandersetzungen unter den führenden Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung sachlich auszutragen und sollten diese Grobheiten und Verleumdungen besser vermieden werden, was dem Ausbau der Organisationen zu größerer Machtstellung nur von Nutzen sein würde. Die Versammlung beauftragt schließlich die Ortsverwaltung, einen Bericht über die heutige Versammlung mit dieser angenommenen Resolution dem Hauptvorstand zuzuleiten und im Verbandsorgan zur Kenntnis der Kollegenschaft in allen Orten zu bringen."

Die Abstimmung über die letztere Resolution kam kurz vor Schluß der Versammlung zur Erledigung, als sich ein Teil der Mitglieder schon entfernt hatte.

Betreffs der Nebettlosenzählung am Quartalsschluß verweisen wir darauf, daß der Zähltag der 25. Juni ist. Die gelbe Zählkarte ist bis spätestens am 4. Juli an uns einzusenden. Wir verweisen die Kassierer besonders darauf, die Rubriken betreffs der Arbeitslosentage und Unterstützungstage, sowie die unterstützten Personen und die geleisteten Beiträge recht gewissenhaft auszufüllen. Die Ortsverwaltungen folgender Orte ersuchen wir ebenfalls, ihrer Pflicht nachzukommen und sich künftig allmonatlich an den Erhebungen zu beteiligen, da durch ihre teilweise schon recht lange Säumigkeit die Statistik ihren Zweck nicht erfüllen kann. Es sind dies:

Backnang, Barmen, Bruchsal, Bochum, Dortmund, Ebingen, Elberfeld, Essen, Frickenhausen, Harburg, Jena, Ilmenau, Karlsruhe, Offenburg und Tübingen.

Trotz besonderer brieflicher Mahnung hielten diese es nicht für nötig, im Vormonat zu berichten. Die Bezirksleiter ersuchen wir, bei Gelegenheit ihre Zahlstellen auf diese Pflichten besonders aufmerksam zu machen.

Nürnberg, den 18. Juni 1921. **Der Vorstand.**

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen.

Essen (Adressenänderung.) 2. Bevollmächtigter Heinrich Potzuweit, Essen, Schlegelstraße 7.

Versammlungs-Kalender.

Die Mitglieder werden ersucht, jede Versammlung pünktlich zu besuchen.

Mitgliederversammlungen im Juni (Nachtrag):

Halle, Montag 27., abends 8 Uhr, im „Willsdorffs Gesellschaftshaus", Karlstr. 14.

Mitgliederversammlungen im Juli:

Aschersleben, Dienstag 5., abends 8 Uhr, im „Bürgergarten", Jägerstraße.
Altenburg, Montag 25., abends halb 8 Uhr, im „Volkshaus Gold. Pflug."
Augsburg, Montag 4., abends, in der Gerberstraße, Georgengasse. (Schuharbeiter).
Augsburg, Montag 11., abends in der „Gesellschaftsbrauerei" (Mitgliederversammlung).
Barmen, Montag 11. u. 25., abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus."
Bernau, Freitag 8., im Berkehrslokal.
Bremen, Montag 4., halb 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Faulenstraße.
Brunsbüttelkoog, Montag 4., im Berkehrslokal.
Crefeld, Montag 4., abends halb 7 Uhr, im „Bölkshaus", Breite Straße.
Dortmund, Montag 4. u. 18., abends 8 Uhr, bei Wilh. Wolf, Ostwallstr. 17.
Düsseldorf, Montag 25., im Berkehrslokal.
Duisburg, Montag 4., abends 8½ Uhr, bei Menke, Klosterstraße 39.
Durlach, Montag 4., nach Geschäftsschluß, im Gasthaus zur Schmiede.
Eggenstellen, Samstag 2., nachm. 2 Uhr, im Gasthaus Meyer, Stadtplatz.
Emden, Mittwoch 6., abends 8 Uhr, in Garrels Klubhaus.
Essen a. d. Ruhr, Montag 4. u. 18., abends 8 Uhr, bei Hartung, Segerstraße.
Eßlingen, Montag 11., abends 7 Uhr, im Lokal „Schwarzes Roß".
Frankfurt a. M., Montag 5., im Gewerkschaftshaus (Schuharbeiter).
Freiberg, Mittwoch 20., abends im Lokal „Otto's Restaurant", Wahlbeckstr.
Freiburg, Montag 4. u. 18., abends 8 Uhr, Rest. „Stadt Sedan", Mühlestr.
Frickenhausen, Mittwoch 6., im Gasthaus „Zum Löwen".
Fürstenwalde, Montag 4., abds. 7 Uhr, in der „Wilhelmshöhe", Gartenstr.
Gera, Montag 25., abends halb 8 Uhr, in Micheis Lokal, Greizer Straße.
Gießen, Montag 4., im Berkehrslokal.
Gotha, Montag 4., abends 7 Uhr, im „Bürgerl. Brauhaus", Waberbergstr.
Gleiwitz, Montag 4., abends 7 Uhr, im „Freischütz", Bahnhofstraße 16.
Görlitz, Montag 4., im Restaurant „Union", Langenstraße.
Guben, Montag 4. u. 18., in Dörfflings Bierstuben, Crossener Manor.
Halberstadt, Montag 11., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause.
Hamburg, Montag 25., 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, 1. Stock (gr. Saal).
Hannover, Montag 11., (Stepper), halb 8 Uhr, im Bäckeramtshaus, Herschelstr.
Hannover, Montag 4. u. 18., 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Nikolaistraße 7 (Mitgliederversammlung).
Hartha, Montag 4., abends 8 Uhr, im „Forsthaus".
Heidelberg, Montag 4., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Kreishof).
Hirschberg, Sonntag 3., vorm. 9 Uhr, im Gasthof „Zum Hochstein", Markt 22.
Karlsruhe, Montag 11. u. 25., 8 Uhr, im „Schildbürger", Baumeisterstr.
Kiel, Montag 4., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.
Kirn a. d. N., Dienstag 12., Betriebsversammlung.
Konstanz, Montag 18., halb 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Helvetia".
Lennitz, Montag 4., abends halb 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 4.
Lindau, Montag 4., halb 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Linde", Marktplatz.
Lörrach, Sonntag 3., vorm. halb 10 Uhr, im Gasth. „Zur Palme", Palmstr.
Lübeck, Dienstag 5. u. 19., halb 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannesstr.
Lugau, Samstag 2., abends 7 Uhr, in Schwabe's Restaurant.
Mainz, Montag 4., abends 8 Uhr, im „Goldenen Pflug", Pfandhausgasse.
Meißen, Montag 4., abends 8 Uhr, in der „Zentralherberge", Elbestr.
Mittweida, Montag 11., halb 8 Uhr, im „Rosengarten", Scheidenstraße.
Nienburg, Montag 4., abends 7 Uhr, im Lokal H. Haenkel, Hintere Straße.
Peeeß, Samstag 9., abends 8 Uhr, im Lokal „Göttling", Gaststraße.
Reppen, Montag 11., abends halb 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Forststr. 9.
Reutlingen, Freitag 1., nach Geschäftsschluß, im Gewerkschaftshaus (Fabrik- und Schuharbeiter).
Riesa, Montag 11., abends 8 Uhr, im „Volkshaus", Goethestraße.
Saarbrücken, Montag 11., abends 7 Uhr, im Gasthaus Schweich.
Schneeberg, Montag 25., halb 8 Uhr, im Rest. Brummer, Badterstraße.
Schneverdingen, Mittwoch 6., abends, im Lokal Heinrich Lose.
Sebnitz, Montag 4., abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus".
Spandau, Montag 18., abends halb 8 Uhr, bei Reie, Neumeisterstr. 6.
Sonthofen, Montag 4., abends 7 Uhr, im Lokal „Zum Engel".
Stolberg, Samstag 2., abends 8 Uhr, im „Schützenhaus."
Straubing, Montag 4. u. 18., im Berkehrslokal.
Stransberg, Dienstag 12., abends 7 Uhr, in der „Ritterburg".
Torgau, Montag 18., im Berkehrslokal „Waldschenke", Rathstraße.
Waldheim, Montag 4., abends, im „Schweizerlal".
Weißwasser, Montag 4., nachm. 5 Uhr, Lokal „Germania", Muskauer Str.
Wilkau, Samstag 30., abends halb 8 Uhr, in Wetzlers Restaur., Bahnhofstr.
Worms, alle 14 Tage, Montags, im „Roten Löwen", Speierstraße.
Zwenkau i. S., Freitag 22., im Berkehrslokal.
Zwönitz, Montag 4., abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Roß".

Verbands-Nachrichten

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 19. bis 25. Juni der 25. Wochenbeitrag fällig ist.

Genehmigung von Extrabeiträgen.

Vom Zentralvorstand wurden gemäß § 6 Abs. 1 des Statuts folgende Extrabeiträge in der nachfolgend angegebenen Höhe genehmigt:

Zahlstelle:	Beginn	Wöchentl. Extrabeitrag in Pfennig				Gesamtbeitrag pro Woche in Mark			
		1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.
Hanau	1. Juli	25	25	25	25	3.75	3.—	2.25	1.25
Kostwein	1. „	30	30	30	20	3.80	3.05	2.30	1.20
Eisenach	1. „	25	25	25	25	3.75	3.—	2.25	1.25
Worms	1. „	50	50	50	50	4.—	3.25	2.50	1.50

Ferner wurde der Zahlstelle Weesenstein genehmigt, vom 1. Juni ab einen Extrabeitrag von 1.— Mk. pro Monat und Mitglied zu erheben.

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des Paragraph 8 Absatz a nach sich zieht.

Schwedische Messer
Fabrik E. A. Bergs. Exkisitsma.
Unübertroffene Qualität.
Marke Halfisch.
Schuhmachermesser, gerade oder gebogen, 15, 17, 22, 24 mm breit
pro Stück Mk. 6.50
Zuschneidemesser 8, 10, 12 mm br.
pro Stück Mk. 6.25
Versand gegen Nachnahme.
Ferner großes Lager in Spezialmessern und Brenngeräten für feinste Maßarbeiten.
Preisliste gratis und franko.
Eng. Vögtle, Berlin N. 54,
Lothringer Straße 82.

H. Franke's rationelle Kolonnenbuchführung (sogen. amerik.) speziell für Schuhmacherei und Schuhhandel. (Neue Abschlüsse für Steuern und Bilanz. Preis 4.50 u. 20 Proz. Zuschlag.
H. Franke's Normallisten u. Schaftmaßtabellen mit erläuterndem Text in Buchform gebeftet. Preis 1.80 u. 25 Proz. Zuschlag.
Neue Versandlisten üb. Bücher, Hilfswerkzeuge u. Modellierutensilien sendet franco H. Franke, Artern 17
Postscheckkonto 7567 Erfurt

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter

Schlendoppelmaschine „Persia"
gebrauchsfähig, fast neu, umständeheber für nur 200 Mk. zu verkaufen. Offerten an die Exped. ds. Blattes.

Leder! Treibriemenabschnitte (Treib) für Halbsohlen u. Flicke, Pfd. 12.50 Mk. laufend abzugeben gegen Nachnahme.
E. Schirmer, Erfurt.

Tausende Anerkennungsschreiben
beweisen, daß man bei
Hermann Dürr, Stuttgarter Nachf.
Vaihingen a. F., bei Stuttgart
das beste und billigste
Schuhmacherwerkzeug
bekommt.
Spezialität: Brennzeuge, Messer, Stupprollette.
Preisliste franko.

Schäfte-Maßtepperei
entwicklungsfähig, wegen Sterbefall zu verkaufen (größere Stadt Süddeutschlands). — Offerten unter „Z 119" an die Exp. ds. Blattes.

Perfekter Schnittfräser
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Schuhfabrik Herz A.-G.
Frankfurt a. M.

Erstklassige deutsche Qualität
Rappen-Glanz
Beste Terpentin-Schuhkrem.
Man verlange Muster und Spezialofferte.
Chemische Fabrik CLEO G.m.b.H. Gera-Reuß

Wer? Wie? Was? verlangt und bezieht die gesamte Fachwelt des In- und Auslandes von H. Franke's Fachversand? Eine interessante Zusammenstellung, welche jeder Liste, jedem Paket und jeder Drucksache beigefügt wird, gibt Aufschluß. Man verlange die neue Versandliste über Fachschriften mit Inhaltsverzeichnis, Hilfswerkzeuge, Modellierutensilien und Wer? Wie? Was? von H. Franke's Fachversand, Artern 17.

Tüchtiger Schuhmachergehilfe
für Maßarbeit und Reparaturen für sofort gesucht. Selbiger muß auch selbständig arbeiten können.
Richard Bothe, Schuhmacher
Münchendorf a. Elster.

Tüchtige Zuschneider
möglichst ledig, stellen ein
Haase & Ruß, Schuhfabrik,
Rowawes b. Berlin.

Junger, tüchtiger
Schuhmacher
sucht dauernde Stelle.
Süddeutschland bevorzugt!
Offerte zu richten an Karl Schrembs in Schaitdorf bei Rottenburg, Ndb.

Perfekter Zuschneider
ledig, 24 Jahre, sucht Arbeit per sofort. Auf schwere Leder auch kundig. Bog. usw. Adolf Tremm, Schwenningen a. N., Bildacherstr. 46.

Zuschneider
auch auf Kindl.-Art, gelbt zum sofort. Eintritt gesucht.
Heinrich Drescher, Schuhfabrik, Butzbach (Hessen).

Flotten Durchnäher,
unverheiratet, für Mansfeld-Durchnähmaschine, stellt sofort ein.
Vereinigte Harzer Schuhwarenfabriken, Halberstadt.
Postfach 64.

Betriebsräteschule
Schriftliche Lehrkurse in praktischer Anordnung. Gleichzeitig Nachschlage- und Auskunftswerk. Keine besonderen Vorkenntnisse erforderlich. Verlangen Sie ausführliches Prospekt von der Parteibuchhandlung.

Unliebsam verspätet!

Unserem vert. Koll. Karl Kroschky und seiner lieben Frau Martha, zu ihrer am 16. Juni stattgefundenen Hochzeit

die herzlichsten Glückwünsche!

Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Gera-Reuß.

Unserem vert. Koll. Hans Möller und seiner lieben Frau zu ihrer am 11. Juni stattgefundenen Vermählung

die herzlichsten Glückwünsche!

Die Kollegen der Zahlstelle Oldenburg.

Nachruf!

Nach schweren Leiden verstarb am 12. Juni plötzlich unser Kollege

Paul Heim

im 60. Lebensjahr stehend.

Leicht werde ihm die Erde.

Zahlstelle Greitzsch.

Druck: „Gegenwartsdruck" G. m. b. H. Nürnberg. Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (J. Simon) Nürnberg, Eschenwinstraße 1.